

■ ANDREAS SPREIER

»Politische Gefangene« oder »gewöhnliche Kriminelle«?

Der Deutungskampf um den Hungerstreik von Bobby Sands im Kontext des Nordirlandkonflikts 1981

37

Am 1. März 1981 wies der Häftling Bobby Sands im nordirischen *Maze*-Gefängnis das Frühstück zurück. Der ehemalige »Officer Commanding« der *Irish Republican Army* (IRA) trat in einen Hungerstreik. In den folgenden Wochen ließ er die Mahlzeiten unangerührt und nahm lediglich Wasser mit Salz zu sich.¹ Zudem verweigerte er sich den vorgesehenen Abläufen des Strafvollzugs – die Zeit vertrieb er sich mit Büchern und Zeitungen. Lediglich an Sonntagen verließ er seine Zelle, um am Gefängnisgottesdienst teilzunehmen. So extrem der Akt des Hungerns war, die Gefängnisordnung beeinträchtigte er kaum: Den Wärtern bereitete es keinerlei Schwierigkeiten, den protestierenden Häftling zu kontrollieren.² Auf den ersten Blick gefährdete Sands nur seine eigene Gesundheit und in letzter Konsequenz sein Leben. Doch der Hungerstreik des führenden IRA-Mitglieds war mitnichten ein individuelles Aufbegehren gegen eine Haftstrafe. »We are demanding to be treated as political prisoners«³, stellten die republikanischen Häftlinge in ihrer Ankündigung der Protestaktion unmissverständlich klar. Mit dem Hungerstreik versuchte die IRA die britische Regierung dazu zu zwingen, ihre Anhängerinnen und Anhänger hinter Gittern als »politische Gefangene« anzuerkennen. Untrennbar war der Protest im *Maze Prison* mit dem »armed struggle« verbunden, den die IRA außerhalb der Gefängnismauern gegen die britische Regierung führte.⁴

1 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 5.3.1981, Public Record Office of Northern Ireland (PRONI), NIO/12/194A.

2 A. B. MacKay, Bericht eines Treffens zum Protest im Maze-Gefängnis, 13.3.1981, 13.3.1981, PRONI, NIO/12/196A.

3 Stellungnahme der republikanischen Häftlinge, zitiert nach: Adamant Atkins as Hunger Strike Nears, *The Irish News*, 6.2.1981, S. 1.

4 Die IRA bezeichnete ihre Gewaltaktionen gegen den britischen Staat als »bewaffneten Kampf«. Grundlegend zur IRA: Richard English, *Armed Struggle. The History of the IRA*, London 2003. Den aktuellen Forschungsstand zum Hungerstreik der IRA von 1981 stellt die Arbeit von Thomas Hennessey dar, der die staatliche Gefängnispolitik in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre akribisch nachgezeichnet hat: Thomas Hennessey, *Hunger Strike. Margaret Thatcher's Battle with the IRA, 1980–1981*, Sallins 2014. In diesem Beitrag wird der Protest im *Maze*-Gefängnis behandelt, in dem ausschließlich männliche Insassen inhaftiert waren. Die Anhängerinnen der IRA und anderer paramilitärischer Gruppierungen wurden in der Frauenhaftanstalt in Armagh festgesetzt. Zur Inhaftierung von Frauen im Nordirlandkonflikt grundlegend: Mary S. Corcoran, *Out of Order. The Political Imprisonment of Women in Northern Ireland, 1972–98*, Cullompton 2006.

Ende der 1960er Jahre waren in Nordirland Unruhen zwischen der protestantischen Bevölkerungsmehrheit und der katholischen Minderheit ausgebrochen.⁵ Im Kern drehten sich die sogenannten *Troubles* um die nationale Zugehörigkeit Nordirlands. Während sich die protestantische Bevölkerung überwiegend für die Union mit Großbritannien einsetzte, drängte die katholische *community* größtenteils darauf, dass Nordirland die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich erlangen und mit dem Süden der Insel wiedervereinigt werden sollte. Die *Troubles* sind tief in der anglo-irischen Geschichte verwurzelt, unmittelbar ging die Konfliktkonstellation jedoch auf das frühe 20. Jahrhundert zurück. 1919 hatte die republikanische Bewegung einen »war of independence« gegen Großbritannien ausgerufen. Die britische Regierung versuchte, die gewaltsamen Unruhen mit einem Kompromiss zu lösen: London teilte die Insel. Während der vorherrschend katholische Süden weitgehend in die Unabhängigkeit entlassen wurde, verblieb der mehrheitlich protestantische Norden im Vereinigten Königreich, das seitdem als *United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland* fortbesteht.⁶

In der neuen *Province* des Vereinigten Königreichs konzentrierte die protestantische Bevölkerungsmehrheit alle Macht auf sich. Die katholische Minderheit hatte in sämtlichen Lebensbereichen von der Politik über die Wirtschaft bis hin zur Bildung das Nachsehen.⁷ Nachdem diese weitreichende Unterdrückung jahrzehntelang andauert hatte, begann sich die Situation in den 1960er Jahren grundlegend zu ändern. Inspiriert vom US-amerikanischen *Civil Rights Movement* entwickelte sich in Nordirland eine Bürgerrechtsbewegung, die für die Gleichberechtigung der katholischen Bürgerinnen und Bürger auf die Straße ging.⁸ Angesichts der zunehmenden Demonstrationen sah die protestantische Mehrheit ihre Vorherrschaft bedroht. Zwischen der katholischen nationalistischen und der protestantischen unionistischen *community* brachen erneut gewaltsame Auseinandersetzungen aus, die schnell in bürgerkriegsähnliche Zustände umschlugen.⁹ An den Rändern der gespaltenen Bevölkerung formierten sich paramilitärische Gruppierungen, die mit Waffengewalt für ihre politischen Ziele kämpften. Während die Gewaltgruppierungen aus dem protestantischen Lager die Union mit Großbritannien zu verteidigen suchten, zogen die republikanischen Paramilitärs – allen voran die IRA – in einen »Krieg« gegen Großbritannien, um die Unabhängigkeit der gesamten irischen Insel zu erzwingen.¹⁰

5 Den aktuellen Forschungsstand zum Nordirlandkonflikt markiert: Cillian McGrattan, *Northern Ireland 1968–2008. The Politics of Entrenchment*, Basingstoke 2010.

6 Einen guten Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Nordirlandkonflikts liefert: Johannes Kandel, *Der Nordirland-Konflikt. Von seinen historischen Wurzeln bis zur Gegenwart*, Bonn 2005. Für eine kurze Darstellung siehe: Frank Otto, *Der Nordirlandkonflikt. Ursprung. Verlauf. Perspektiven*, München 2005. Eine zusammenfassende Analyse der Teilung der Insel bietet: Oonagh Walsh, *Ireland's Independence 1880–1923*, London 2002.

7 Zur Entstehung der protestantischen Einparteienherrschaft vgl. Thomas Hennessey, *A History of Northern Ireland*, New York 1997, S. 15–53.

8 Zur Bürgerrechtsbewegung nach wie vor grundlegend: Bob Purdie, *Politics in the Streets. The Origins of the Civil Rights Movement in Northern Ireland*, Belfast 1990.

9 Zu den Reaktionen auf die Bürgerrechtsproteste vgl. Hennessey, *A History of Northern Ireland*, S. 138–156. Zur Entstehung der *Troubles* im Kontext der Bürgerrechtsbewegung zentral: Niall Ó Dochartaigh, *From Civil Rights to Armalites. Derry and the Birth of Irish Troubles*, 2. Aufl., Basingstoke 2005.

10 Für einen Überblick über die verschiedenen paramilitärischen Gruppierungen siehe: Peter R. Neumann, *The Rise of the Paramilitaries*, in: James Dingley (Hg.), *Combating Terrorism in Northern Ireland*, London 2009, S. 35–53.

Die britische Regierung hielt sich so lange wie möglich aus dem anschwellenden Konflikt in der *Province* heraus. Erst als die nordirische Polizei *Royal Ulster Constabulary* (RUC) den gewaltsamen Konfrontationen keinen Einhalt mehr zu bieten vermochte, sah sich London gezwungen, in die *Troubles* einzugreifen. Die Gewalt auf den Straßen gefährdete nicht nur das Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie der staatlichen Sicherheitskräfte – bis die *Troubles* mit dem *Good Friday Agreement* von 1998 weitgehend beendet werden konnten, wurden über 3.700 Menschen getötet.¹¹ Die paramilitärischen Gruppierungen negierten zudem das staatliche Gewaltmonopol und untergruben damit die »Kernkompetenz«¹² des Staates.¹³ Wie alle demokratischen Rechtsstaaten, die sich mit politischer Gewalt konfrontiert sehen, befand sich auch Großbritannien in einem Dilemma. Auf der einen Seite war die britische Regierung für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich. Auf der anderen Seite setzte sie ihre Legitimität – und damit ihre Macht – aufs Spiel, wenn sie die Freiheits- und Grundrechte einschränkte, um mit aller Härte gegen die paramilitärischen Gruppierungen vorzugehen.¹⁴

Diesen Spagat zwischen Sicherheit und Freiheit musste die britische Regierung insbesondere in den Gefängnissen bewerkstelligen. Nicht nur im Vereinigten Königreich, sondern in demokratischen Rechtsstaaten im Allgemeinen markiert der Strafvollzug die Hauptantwort auf schwere Verstöße gegen die Rechtsordnung.¹⁵ Das Ideal des Rechtsstaats beruht darauf, dass die Freiheit eines Menschen nur dauerhaft beschnitten werden darf, wenn seine Schuld vor Gericht ohne jeden Zweifel erwiesen wurde. Ein Rechtsstaat definiert sich gleichsam darüber, dass keine Personen aus politischen Gründen festgesetzt werden dürfen. Über die Gründe der Haft hinaus sind auch die Abläufe des Strafvollzugs strikt reglementiert. Der Staat ist gerade in den Gefängnissen für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger verantwortlich, nicht zuletzt da Haftanstalten im Vergleich zum öffentlichen Raum einer nahezu umfassenden Kontrolle der Exekutive unterliegen. Die Praxis der Inhaftierung muss sich in liberalen Demokratien daher an den rechtsstaatlichen Prinzipien messen lassen.¹⁶ Diese spe-

11 William Beattie Smith stellt den aktuellen Forschungsstand zur britischen Konfliktpolitik zu Beginn der *Troubles* dar: William Beattie Smith, *The British State and the Northern Ireland Crisis 1969–73. From Violence to Power-Sharing*, Washington, D.C. 2011. Zu den Opfern des Nordirlandkonflikts: David McKittrick/Seamus Kelters/Brian Feeney/Chris Thornton/David McVea, *Lost Lives. The Stories of the Men, Women and Children Who Died as a Result of the Northern Ireland Troubles*, Edinburgh 2007 [1999].

12 Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, 3. akt. Aufl., Hamburg 2011, S. 47.

13 Vgl. Dieter Grimm, *Das staatliche Gewaltmonopol*, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden 2002, S. 1297–1313, hier S. 1299.

14 Vgl. Waldmann, *Terrorismus*, S. 254. Folgender Aufsatz bezieht dieses Dilemma rechtsstaatlicher Demokratien auf den Nordirlandkonflikt: Brice Dickson, *Counter-Insurgency and Human Rights in Northern Ireland*, in: *The Journal of Strategic Studies* 32 (2009), S. 475–493, besonders S. 477.

15 Zur Entwicklung des Freiheitsentzugs im Gefängnis als »Hauptstrafe« nach wie vor grundlegend: Michel Foucault, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a. M. 1976, hier besonders S. 277.

16 Für die hier angestellten Überlegungen zu den Grundfunktionen des Gefängnisses: Norval Morris/David J. Rothman, *Introduction*, in: dies. (Hg.), *The Oxford History of the Prison. The Practice of Punishment in Western Society*, New York 1995, S. VII–XIV. Für einen Überblick über die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und die zentrale Rolle der Gerichtsbarkeit: Pietro Costa/Danilo Zolo (Hg.), *The Rule of Law*, Dordrecht 2007. Zur umfassenden Kontrolle im Gefängnis ist nach wie vor das Konzept der »totalen Institutionen« von Erving Goffman wesentlich: Erving Goffman, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt a. M. 1973, vor allem S. 15ff.

zifische Position von Gefängnissen in liberalen Demokratien bedingt, dass sie in Konfliktsituationen zum Gradmesser für Rechtsstaatlichkeit avancieren. Wenn Gefangene die Haftroutine stören oder gar mit Gewalt aufheben, ist der Staat gezwungen, die Gefängnisordnung wiederherzustellen und sein Gewaltmonopol zu behaupten. Verliert er dabei die Kontrolle über die Haftanstalten, steht die Legitimität des Rechtsstaats ebenso infrage, wie wenn er die Grundrechte der Häftlinge missachtet, um die Ordnung des Strafvollzugs zu erzwingen.

Auf welche Weise sich Großbritannien während des Hungerstreiks von Bobby Sands auf diesem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit bewegte, soll im Folgenden untersucht werden. Dabei wird zum einen verdeutlicht, inwieweit die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker willens waren, die Grundrechte der Gefangenen einzuschränken und mithilfe von Ausnahmeregelungen den Gefängnisprotest einzuhegen. Zum anderem zeigt der Beitrag, wie die britische Regierung versuchte, die Öffentlichkeit von ihrer Gefängnispolitik zu überzeugen und damit jene politische Legitimität zu behaupten, gegen die die IRA mit dem Mittel des Hungerstreiks aufbegehrte.¹⁷

I. Die Kriminalisierung der IRA

Die Gefängnisse standen längst im Mittelpunkt des Nordirlandkonflikts, als Bobby Sands Anfang März 1981 die Mahlzeiten verweigerte. Sein Hungerstreik reihte sich in einen jahrelangen gewaltsamen Deutungskampf um die Orte der Inhaftierung ein, den vor allem die republikanische Bewegung und die britische Regierung miteinander ausfochten.¹⁸ Mit einer unmissverständlichen Symbolik inszenierte die IRA den Hungerstreik als einen weiteren Höhepunkt in diesem Gefängnisconflikt. »Hunger strikes to the death, if necessary, will begin from March 1, the fifth anniversary of the withdrawal of political status«¹⁹, hieß es in der Ankündigung des Protests. Ausdrücklich verwies der Beginn des Hungerstreiks auf den 1. März 1976 – den Tag, an dem London angefangen hatte, die IRA gezielt zu kriminalisieren.

Als die Unruhen in der *Province* Ende der 1960er Jahre außer Kontrolle gerieten, reagierte die britische Regierung zunächst mit einer rigiden Sicherheitspolitik.²⁰ 1969 entsandte sie ihre Armee auf die Straßen Nordirlands.²¹ Um die Gewalt mithilfe des Militärs einzudämmen, setzte London grundlegende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft: Ab 1971 internierte die britische Armee Hunderte von »terrorists« ohne Gerichtsverfahren. Obwohl

17 Mit dieser Fragestellung baut der Beitrag nicht zuletzt auf den methodischen Überlegungen von Gabriele Metzler auf: Gabriele Metzler, Konfrontation und Kommunikation. Demokratischer Staat und linke Gewalt in der Bundesrepublik und den USA in den 1970er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 249–277, hier S. 251. Siehe zudem: Beatrice de Graaf, Evaluating Counterterrorism Performance. A Comparative Study, London 2011, insbesondere S. 8ff.

18 Zur Inhaftierung von Mitgliedern paramilitärischer Gruppierungen im gesamten Zeitraum der *Troubles* hat der Rechtswissenschaftler Kieran McEvoy eine detailreiche Studie vorgelegt: Kieran McEvoy, Paramilitary Imprisonment in Northern Ireland. Resistance, Management, and Release, Oxford 2001.

19 Stellungnahme der republikanischen Gefangenen. Zitiert nach: Adamant Atkins as Hunger Strike Nears, *The Irish News*, 6.2.1981, S. 1.

20 Vgl. Smith, *The British State and the Northern Ireland Crisis*.

21 Zum Beginn des Armeeeinsatzes vgl. Desmond Hamill, *Pig in the Middle. The Army in Northern Ireland 1969–1984*, London 1985, S. 1–22; Andrew Sanders/Ian S. Wood, *Times of Troubles. Britain's War in Northern Ireland*, Edinburgh 2012, S. 109ff.

auf beiden Seiten der Gesellschaft paramilitärische Gruppierungen zu den Waffen griffen, richtete sich die *internment without trial* zunächst ausschließlich gegen die katholische Minderheit. Anders als von der britischen Regierung erhofft, drängte die Internierung die IRA nicht zurück, sondern befeuerte vielmehr ihren »armed struggle«, bis die *Troubles* zu einem Bürgerkrieg zu eskalieren drohten.²² Für das Scheitern der Internierung war von entscheidender Bedeutung, dass die militärischen Verhaftungsoperationen die Konfliktdeutung der IRA bestätigten und ihr damit einen kaum zu unterschätzenden Motivationsschub verliehen. Wichtiger noch war allerdings die Reaktion der nationalistischen *community*, die der Internierung mit vehementen Protesten begegnete.

Aus Sicht der republikanischen Bewegung befand sich Irland in einem »war of freedom«²³ gegen die britische »Kolonialmacht«.²⁴ Die Internierungslager mit ihren Wachtürmen und Stacheldrahtzäunen bereiteten den Anhängern der IRA die Bühne, um sich als »Soldaten«, »politische Häftlinge« und »Kriegsgefangene« zur Schau zu stellen.²⁵ Die Sprache der britischen Regierung festigte das Selbstbild der *Irish Republican Army* als »Armee« weiter. Um ihre rigide Militärpolitik zu rechtfertigen, stilisierten die verantwortlichen Politiker²⁶ die *Troubles* zu einem »Krieg«²⁷, stigmatisierten die IRA-Anhänger als »Terroristen«²⁸ und legitimierten die Internierung ausdrücklich mit der »politischen« Motivation der Gewaltakteure.²⁹ Doch die katholische Bevölkerung wies das staatliche Rechtfertigungsnarrativ von einem gezielten Schlag gegen die »Terroristen« zurück. In der nationalistischen *community* wurde die Internierung weithin als eine staatliche Repressionsmaßnahme gegen die gesamte katholische Minderheit gedeutet.³⁰ Nicht zuletzt aufgrund dieser Gegenerzählung erhielt die IRA einen enormen Zulauf aus der katholischen Bevölkerung und konnte ihre Gewalt weiter steigern.³¹

22 Zum aktuellen Forschungsstand zur Internierungspolitik: Martin McCleery, *Operation Demetrius and Its Aftermath. A New History of the Use of Internment without Trial in Northern Ireland 1971–75*, Oxford 2015.

23 Green Book der IRA, zitiert nach: Brendan O'Brien, *The Long War. The IRA and Sinn Féin*, 2. Aufl., Syracuse 1999, S. 401.

24 Für die Konfliktdeutung der IRA vgl. English, *Armed Struggle*, S. 123ff.

25 Northern Ireland Office, *Prison Divisions Brief for Secretary of State's Review 13 April 1977*, 13.4.1977, The National Archives (TNA), CJ 4/1692. Zunächst wurden ausschließlich Männer interniert. Die ersten Frauen wurden Ende 1972 ohne Gerichtsverfahren festgesetzt. Vgl. Corcoran, *Out of Order*, S. 1.

26 Im Folgenden ist bewusst nur von Politikern die Rede: Die wenigen Frauen, die in den 1970er Jahren Teil der britischen Regierungen waren, trugen keine Verantwortung für die Sicherheit in Nordirland.

27 Folgender Artikel zitiert den britischen Innenminister indirekt mit den Worten »state of open war«: No Advance Notice if Internment Is Introduced in Ulster, Mr Maudling Tells Backbenchers, *The Times*, 29.7.1971, S. 2.

28 Ian Gilmour, Hansard 813, Commons Sitting, 11.3.1971, Sp. 674.

29 Reginald Maudling, Hansard 823, Commons Sitting, 22.9.1971, Sp. 8f.

30 Das Stimmungsbild in der katholischen Minderheit zusammenfassend: Simon Winchester, *Catholics Say Army Is ›Openly Hostile‹*, *The Guardian*, 13.8.1971, S. 20. Zur Wahrnehmung der Internierungspolitik durch die katholische Bevölkerung vgl. vor allem Smith, *The British State and the Northern Ireland Crisis*, S. 166–169, hier S. 166.

31 Für die wachsende Bedeutung der IRA und die Unterstützung aus der katholischen Bevölkerung vgl. Ed Moloney, *A Secret History of the IRA*, 2. Aufl., London 2007, S. 84–92.

1972 starben 468 Menschen im Zusammenhang mit dem Nordirlandkonflikt – so viele wie in keinem anderen Jahr der *Troubles*.³² Die britische Regierung musste sich eingestehen, dass ihre drakonische Militärpolitik den Konflikt nicht zu befrieden vermochte.³³ Nach und nach rückte London daher von den Armeeeoperationen ab und entwickelte eine Politik des Kompromisses. Die britische Regierung setzte die Internierung zwar fort, unterwarf die umstrittene Haftpraxis jedoch mit einem gerichtsähnlichen Verfahren einer gewissen Kontrolle.³⁴ Zudem begann sie, vermehrt mithilfe der Strafverfolgungsbehörden und des Gerichtssystems gegen die paramilitärischen Gruppierungen vorzugehen.³⁵ 1973 forcierte die britische Regierung die Politik der Strafverfolgung mit speziellen Gerichtsverfahren ohne Jury.³⁶ Diese Kompromisslösung zwischen Internierung und Strafverfolgung bewirkte, dass die Gefangenen in den Lagern und Haftanstalten unter grundsätzlich verschiedenen Bedingungen festgesetzt wurden. Standen den Internierten weitgehende Freiheiten zu, unterlagen die Häftlinge, die vor Gericht zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, der regulären Gefängnisordnung.³⁷

Vor diesem Hintergrund traten 1972 verurteilte IRA-Häftlinge in einen Hungerstreik und forderten, als »politische Gefangene« anerkannt zu werden.³⁸ Zu diesem Zeitpunkt bemühte sich die britische Regierung hinter den Kulissen, eine Konfliktlösung mit der IRA zu erreichen. Die verantwortlichen Politiker waren daher bereit, den republikanischen Häftlingen entgegenzukommen. In dem Versuch, die IRA-Führung zu Verhandlungen zu bewegen, gestanden sie den verurteilten paramilitärischen Gefangenen die gleichen Haftbedingungen zu wie den Internierten. Die verurteilten paramilitärischen Häftlinge mussten nun weder Gefängnisuniformen tragen noch die obligatorische Gefängnisarbeit verrichten und konnten sich relativ frei in den Haftanstalten bewegen.³⁹ Zwar sprach die britische Regierung nicht von einem »politischen«, sondern ausdrücklich von einem *Special Category Status*.⁴⁰ Doch in der Öffentlichkeit des Vereinigten Königreichs wurden die verurteilten Anhängerinnen und Anhänger der paramilitärischen Gruppierungen fortan als »politische Gefangene« wahrge-

32 Vgl. McKittrick/Kelters/Feeney/Thornton/McVea, *Lost Lives*, S. 1552.

33 Zweifel an der Sicherheitspolitik kamen bereits Ende 1971 auf: Cabinet Office, GEN 47. Cabinet. Northern Ireland. Protokoll eines Treffens in der 10 Downing Street, 1.12.1971, 11.00 Uhr, 2.12.1971, TNA, CAB 130/522.

34 Vgl. zusammenfassend: Brian Gormally/Kieran McEvoy/David Wall, *Criminal Justice in a Divided Society: Northern Ireland Prisons*, in: *Crime and Justice* 17 (1993), S. 51–135, S. 72.

35 A.T.P. Millen, *Minutes of a Meeting on Arrest and Detention Policy Held at HQ Northern Ireland on 24 Aug 72*, 25.8.1972, TNA, CJ 3/111.

36 Zu den speziellen Gerichtsverfahren ohne Jury grundlegend: John Jackson/Sean Doran, *Judge without Jury. Diplock Trials in the Adversary System*, Oxford 1995.

37 Einen Einblick in diese Parallelität der Haftordnungen bietet: Comité internationale de la Croix-Rouge, *Report on the Visits Carried Out by Delegates from the International Committee of the Red Cross to Places of Detention in Northern Ireland*, October 1971, o. D., PRONI, CAB/9/B/83/7.

38 ›Victory-or-Death‹ Hunger Strike by Prisoners, *The Irish Times*, 27.5.1972, Linen Hall Library (LHL), Northern Ireland Political Collection (NIPC), Northern Ireland Office, Press Cuttings Files, Prisons 1.

39 Zum staatlichen Angebot an die IRA: *The IRA Truce 26 June–10 July 1972*, o. D., TNA, CJ 4/1456.

40 Die Bezeichnung *Special Category Status* etablierte sich erst nach und nach in der staatlichen Erzählung. Siehe etwa: Peter Mills, Hansard 851, *Written Answers (Commons)*, 21.2.1973, Sp. 126.

nommen.⁴¹ Letztlich scheiterten die Verhandlungen und die *Troubles* dauerten an, ohne dass sich eine Konfliktlösung abgezeichnet hätte. Der Sonderstatus der paramilitärischen Gefangenen festigte die republikanische Erzählung von einem irischen »Unabhängigkeitskrieg« gegen England und sicherte der IRA auch in den kommenden Jahren eine breite Unterstützung aus der katholischen *community*.

Mit der Zeit setzte sich in London die Einsicht durch, dass die Sonderrolle der Internierten und *Special Category*-Häftlinge beendet werden musste, um der IRA die politische Legitimität entziehen zu können, die sie in weiten Teilen der katholischen Bevölkerung genoss.⁴² Die britische Regierung zog schließlich die Konsequenz und entließ im Laufe des Jahres 1975 alle Internierten, bis die Inhaftierungspraxis ohne Gerichtsverfahren im Dezember faktisch zu einem Ende kam.⁴³ Zugleich gab sie bekannt, dass alle Personen, die für eine Straftat verurteilt werden würden, die sie nach dem 1. März 1976 begingen, keinen *Special Category Status* mehr erhalten sollten.⁴⁴ Langsam verabschiedete sich London von dem Kompromiss der letzten Jahre und vollzog einen Strategiewechsel hin zu einer Politik der Kriminalisierung. Die britische Regierung setzte sich das Ziel, die Verantwortung für die Sicherheitspolitik nach und nach von der Armee auf die nordirische Polizei RUC zu verlagern. Künftig sollten die »terrorists« nicht mehr in Internierungslagern weggesperrt, sondern vor Gericht gebracht und als »Kriminelle« in »normalen« Strafvollzugsanstalten inhaftiert werden. Die Rolle des »criminal« sollte die IRA-Mitglieder in den Augen der katholischen Bevölkerung delegitimieren.⁴⁵ Mit diesem Kurswechsel wandelte sich die staatliche Darstellung des Nordirlandkonflikts. Die Verlautbarungen der verantwortlichen Politiker setzten sich zu einem Narrativ von der Rückkehr zur Normalität zusammen. Dieser Erzählung zufolge musste mit der »normalen« Strafverfolgung gegen die »men of violence« vorgegangen werden, da die Internierung die *rule of law* auf Dauer untergrub und dadurch letztlich einer Lösung des Nordirlandkonflikts im Weg stand.⁴⁶

Als 1976 die ersten IRA-Anhänger ohne *Special Category Status* im neuen Hochsicherheitstrakt des *Maze*-Gefängnisses – den sogenannten *H-Blocks* – inhaftiert wurden, setzten sie sich sofort gegen die Behandlung als »Kriminelle« zur Wehr. In den folgenden Jahren radikalisierte sich der Protest für einen »politischen Status« immer weiter, bis Bobby Sands im März 1981 seinen Hungerstreik begann.⁴⁷

II. Die Politik des Hungerstreiks im *Maze*-Gefängnis

Zunächst sorgte der Protest von Bobby Sands für kein größeres Aufsehen. Während ein Hungerstreik im Jahr zuvor über 10.000 Menschen auf die Straßen Belfasts gebracht hatte, versammelten sich zum Auftakt von Sands' Protestaktion am 1. März 1981 lediglich etwa

41 Simon Hoggart, *Whitelaw Move Gives a New Status to Belfast Prisoners*, *The Guardian*, 20.6.1972, S. 1.

42 William van Straubenzee, Schreiben an Lord Belstead, 6.2.1974, TNA, CJ 4/1321; Merlyn Rees, Cabinet. Ministerial Committee on Northern Ireland. *The IRA Ceasefire and Security Situation*. Memorandum by the Secretary of State for Northern Ireland, 16.5.1975, TNA, CAB 134/3921.

43 *History of Detention: 1971–1975*, März 1976, TNA, CJ 4/3424, vor allem S. 78.

44 Merlyn Rees, Hansard 899, Commons Sitting, 4.11.1975, Sp. 240.

45 Report of the Official Working Party on Law and Order in Northern Ireland, o. D., TNA, CJ 4/1204.

46 Merlyn Rees, zitiert nach: Christopher Walker, *Last Republican Detainees Released in Ulster*, *The Times*, 6.12.1975, S. 1.

47 McEvoy, *Paramilitary Imprisonment in Northern Ireland*.

3.500 Sympathisantinnen und Sympathisanten.⁴⁸ Bei regnerischem Wetter marschierten sie durch den katholischen Westen der Stadt, ohne ein breiteres öffentliches Interesse auf den Gefängniskonflikt zu lenken.⁴⁹ Den Häftlingen war es nicht gelungen, die nationalistische *community* zu mobilisieren. Offenkundig war die katholische Bevölkerung müde, einen weiteren Hungerstreik zu unterstützen. Und aufgrund des geringen zeitlichen Abstands zum letzten Hungerstreik hielt sich der Nachrichtenwert für die Presse in Grenzen. Das Protokoll eines Treffens zwischen dem Nordirlandministerium und den zuständigen Sicherheitskräften hielt fest, »that the hunger strike appeared to be a non-event.«⁵⁰

Angesichts des ausbleibenden Proteststurms sah sich die britische *Tory*-Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher nicht weiter unter Druck gesetzt, auf den Hungerstreik einzugehen. Erst zwei Tage später kam Nordirlandminister Humphrey Atkins im britischen Parlament kurz darauf zu sprechen. Atkins nutzte die Gelegenheit, um die Position, die die britische Regierung seit der Abschaffung des *Special Category Status* im Gefängniskonflikt vertrat, zu wiederholen. »I wish to make it clear once again, in case there is any doubt anywhere about the Government's position,« betonte er, »that we shall not give way on the issue of political status under pressure of further protest action, whatever form that takes, and whether it is inside or outside the prisons.«⁵¹ Mit seiner Stellungnahme folgte der Minister der Kommunikationsstrategie, die sich London im Vorfeld zurechtgelegt hatte. Die staatliche Inszenierung sah eine Politik der Passivität vor: Nachdem die britische Regierung ihren Standpunkt gegenüber der Öffentlichkeit unmissverständlich klargestellt hatte, sollte sich der Staat soweit wie möglich im Hintergrund halten.⁵²

Diese Strategie war nicht neu. Vielmehr spitzte die britische Regierung die Gefängnispolitik zu, die sie seit der Abschaffung des *Special Category Status* verfolgte. Von Beginn an hatte London mit Zurückhaltung auf die Proteste im *Maze Prison* reagiert. Die britische Regierung lehnte die Forderung der paramilitärischen Häftlinge nach einem »politischen Status« kategorisch ab, unternahm hingegen keinerlei Versuch, den Gefängnisprotest zu brechen. Bewusst verzichtete sie darauf, den republikanischen Gefangenen die vorgesehene Haftroutine aufzuoktroizieren, um keine Gefängnisauftände zu provozieren. Für die Politik der Kriminalisierung war es ausschlaggebend, dass die »normale« Haftordnung formal galt und die paramilitärischen Gefangenen als »gewöhnliche Kriminelle« dargestellt werden konnten – wie sich der Strafvollzug faktisch gestaltete, war zweitrangig.⁵³

48 D.A. Garland, Bericht eines Treffens zwischen Vertretern des Nordirlandministeriums, der Polizei und der Armee, 6.3.1981, TNA, CJ 4/3627.

49 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 5.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

50 A. McA. Ireland, Bericht eines Treffens zwischen Vertretern des Nordirlandministeriums, der Polizei und der Armee, 9.3.1981, TNA, CJ 4/3627.

51 Humphrey Atkins, Hansard 1000, Commons Sitting, 3.3.1981, Sp. 131.

52 Humphrey Atkins, Schreiben an Margaret Thatcher. Betreff: Hunger Strikes at HMP Maze and Armagh, 23.2.1981, TNA, PREM 19/503; R. Duffy, unterzeichnet für J.N.H. Blelloch, Schreiben an Private Secretary, Secretary of State. Betreff: Handling of a Hunger Strike, 18.2.1981, PRONI, NIO/12/220A.

53 W.I. Davies, A Paper for Discussion. Contingency Plans to Accommodate Changes in the Prison Population and to Deal with Prisoner Reaction to These Changes and Subsequent Re-Locations, 29.12.1975, TNA, CJ 4/2214; D.J. Wyatt, Schreiben an P.T.E. England. Betreff: Ending of New Admission to Special Category, 6.1.1976, TNA, CJ 4/1691/1.

Die Politik der Passivität zielte darauf ab, die paramilitärischen Häftlinge als »Kriminelle« in Szene zu setzen, ohne eine Eskalation des Gefängnis Konflikts zu riskieren.⁵⁴ Die britische Regierung war daher immer wieder zu kleineren Zugeständnissen bereit, wenn die Situation in den Gefängnissen außer Kontrolle zu geraten drohte. Bei dem bereits erwähnten Hungerstreik im Jahr 1980 hatte sich London beispielsweise auf geheime Verhandlungen mit der IRA eingelassen, um den Tod von Gefangenen abzuwenden.⁵⁵ War in der staatlichen Gefängnispolitik bislang ein gewisses, wenn auch äußerst geringes Maß an Flexibilität vorgesehen, legte sich die britische Regierung nun fest, unter keinen Umständen auf die IRA zuzugehen – selbst dann nicht, wenn sich Bobby Sands zu Tode hungern sollte. Das *Tory*-Kabinett unter Margaret Thatcher verschrieb sich einer absoluten Passivität und ging gerade damit auf Konfrontationskurs: »what we are about is a confrontation with the strikers and their leaders and not a negotiation.«⁵⁶ Um die Deutungshoheit über den Strafvollzug zu erlangen, war die britische Regierung gewillt, den Tod von Häftlingen – und damit eine Eskalation des Gefängnis Konflikts – in Kauf zu nehmen.

Zunächst jedoch schien die staatliche Strategie der Passivität aufzugehen. Innerhalb der *H-Blocks* spielte sich eine Routine des Hungerstreiks ein, die die Ordnung des Strafvollzugs kaum tangierte. Ohne Zwischenfälle wurde Sands am zweiten Tag des Protests in eine Einzelzelle verlegt.⁵⁷ Das medizinische Personal untersuchte ihn regelmäßig und führte Buch über Gewicht, Blutdruck, Puls und Urinwerte.⁵⁸ Die ärztliche Kontrolle sollte Aufschluss darüber geben, wann der Gesundheitszustand des Hungerstreikenden kritisch zu werden drohte.⁵⁹ Sands ließ die Untersuchungen ohne Widerstand über sich ergehen.⁶⁰ Auch als sich in den nächsten Wochen drei weitere republikanische Paramilitärs dem Hungerstreik anschlossen, konnte das Gefängnispersonal den Protest reibungslos verwalten.⁶¹ Paradoxerweise spitzte sich die Situation im *Maze* mit dem Hungerstreik nicht zu, sondern beruhigte sich vielmehr. In den vergangenen Jahren hatten sich die republikanischen Gefangenen immer radikaler gegen die Behandlung als »Kriminelle« aufgelehnt. Insbesondere der »dirty protest« beziehungsweise »no wash protest« hatte die vorgesehene Ordnung des Strafvollzugs *de facto* außer Kraft gesetzt. Seinen Namen verdankte der Protest der extremen Praxis von hunderten Gefangenen, sich jeglicher Körperhygiene zu verweigern und die Zellen mit ihren Exkrementen

54 Siehe etwa: D.K. Middleton, Schreiben an D. Gilliland. Betreff: Publicity in Relation to the Ending of Special Category Status, 16.1.1976, TNA, CJ 4/1691/1.

55 B.A. Blackwell, Schreiben an J.N.H. Belloch. Betreff: History and Analysis of the Republican Hunger Strike Oct–Dec 1980. Anhang: The Republican Hunger Strikes: 27 October–19 December 1980, 6.2.1981, TNA, CJ 4/3626; B.A. Blackwell, Bericht eines Treffens im Büro des Permanent Under-Secretary in Belfast, 22.12.1980, 11.00 Uhr, 22.12.1980, TNA, CJ 4/3645.

56 R. Duffy, unterzeichnet für J.N.H. Belloch, Schreiben an Private Secretary, Secretary of State. Betreff: Handling of a Hunger Strike, 18.2.1981, PRONI, NIO/12/220A.

57 A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 5.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

58 Ein Auszug aus dem ersten medizinischen Bericht findet sich hier: D. Ross, Extract from Medical Officer's Journal. Re: Hunger Strike, 3.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

59 S.C. Jackson, Bericht eines Treffens zwischen Vertretern des Nordirlandministeriums und des Department of Health and Social Services, 16.4.1981, 17.4.1981, TNA, CJ 4/3627.

60 A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 5.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

61 A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 19.3.1981, PRONI, NIO/12/194A; A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 26.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

zu beschmieren.⁶² Nun beendete die IRA den »dirty protest« mit dem Ziel, die öffentliche Aufmerksamkeit voll und ganz auf den Hungerstreik zu lenken.⁶³ Doch die Inszenierung der IRA schlug fehl. Entgegen ihrer Hoffnung baute sich außerhalb der Gefängnismauern weiterhin keine Protestkulisse auf.⁶⁴

Während die IRA und die britische Regierung an ihren Konfliktstrategien festhielten, nahm der Gefängnisprotest eine unerwartete Wendung. Am 5. März verstarb der republikanische Politiker Frank Maguire, der den nordirischen Wahlkreis *Fermanagh and South Tyrone* im britischen Parlament repräsentiert hatte. In dieser Situation traf die republikanische Bewegung eine Entscheidung, die weitreichende Auswirkungen auf den Verlauf der *Troubles* haben sollte: Bobby Sands ließ sich für die Nachwahl des verstorbenen Abgeordneten aufstellen.⁶⁵ Seine Kandidatur zog nicht nur die staatliche Erzählung in Zweifel, dass die IRA mit ihrer »kriminellen« Gewalt keine »politischen« Ziele verfolge, sondern veränderte auch die Konstellation des Gefängnis Konflikts grundlegend. Bisher hatte die britische Regierung Sands weitgehend von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Nun sah sie sich gezwungen, dem Hungerstreikenden in seiner Rolle als Unterhauskandidaten einen gewissen Zugang zur nordirischen Bevölkerung zu gewähren. Das Nordirlandministerium gestand dem republikanischen Aktivisten Owen Carron, den Sands zu seinem Vertreter im Wahlkampf ernannte, mehrere Besuche zu.⁶⁶ Über Carron konnten sich die protestierenden Gefangenen direkt in den Konfliktdiskurs einschalten, ohne Nachrichten aus dem *Maze Prison* schleusen zu müssen.⁶⁷ Sands nutzte seine neue Sprechposition, um die Wahl zu einem Votum gegen die staatliche Politik der Kriminalisierung zu stilisieren: »Our protest and our hunger strike is to secure from the British Government an end to its policy of labelling us as criminals.«⁶⁸ Die britische Regierung ließ zu, dass sich der protestierende Häftling an seine Wählerschaft wenden konnte, um ihn zu keinem »political martyr« zu machen.⁶⁹ Sie verhinderte jedoch, dass Fotografien des Hungerstreikenden an die Öffentlichkeit gelangten. Journalistinnen und

62 Zur Entwicklung des Protests in den *H-Blocks*: Northern Ireland Office, Background Brief on the Situation Which Has Arisen out of the Action Taken by Some Prisoners Housed in the H-Block Cell Units at the Maze Prison, März 1979, PRONI, NIO/12/113A. Der Begriff des »dirty protest« wurde von der britischen Regierung verwendet, um den Protest abzuwerten. Dementgegen sprachen die Gefangenen von »no wash protest«. Vgl. Laurence McKeown, *Out of Time. Irish Republican Prisoners. Long Kesh 1972–2000*, Belfast 2001, S. 56.

63 A. K. Templeton, *Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin*, 5.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

64 D. Chesterton, Schreiben an Private Secretary, Permanent Under-Secretary. Betreff: Robert Sands – Letter to No 10. Anhang: Draft Minute to the Prime Minister. *The Maze Hunger Strike and the Fermanagh and South Tyrone By-Election*, 1.4.1981, TNA, CJ 4/3309.

65 Vgl. F. Stuart Ross, *Smashing H-Block. The Rise and Fall of the Popular Campaign against Criminalization, 1976–1982*, Liverpool 2011, S. 117f.

66 R. A. Harrington, unterzeichnet für Humphrey Atkins, Schreiben an Margaret Thatcher. Anhang: Robert Sands and the Fermanagh, South Tyrone Bye-Election – Background Notes, 3.4.1981, TNA, PREM 19/503.

67 Zur Praxis, Nachrichten aus dem Gefängnis zu schmuggeln, vgl. Denis O’Hearn, *Bobby Sands. Nothing But an Unfinished Song*, London 2006, S. 170ff.

68 Bobby Sands, zitiert nach: Sands on »the Issues at Stake« in By-Election, *The Irish News*, 2.4.1981, S. 1.

69 R. A. Harrington, unterzeichnet für Humphrey Atkins, Schreiben an Margaret Thatcher, 3.4.1981, TNA, PREM 19/503.

Journalisten erhielten nach wie vor keinen Zugang zu Bobby Sands.⁷⁰ Bei früheren Hungerstreiks hatten Aufnahmen der abgemagerten Häftlinge das Bild geprägt, das sich die Öffentlichkeit von dem Protest hinter den Gefängnismauern machte.⁷¹ Im Unterschied dazu schrieb sich nun eine Fotografie in den Konfliktdiskurs ein, auf der ein sichtlich gesunder Sands seine Betrachterinnen und Betrachter anlächelte.⁷² Im Zuge des Hungerstreiks avancierte diese Aufnahme zu einer Ikone des republikanischen Kampfs gegen die britische Regierung. Noch heute schmückt ein entsprechendes Wandbild von Bobby Sands die nordirische Parteizentrale von *Sinn Féin* – dem politischen Arm der IRA.⁷³

Als am 9. April 1981 die Wahllokale öffneten, folgte die überwiegende Mehrheit der katholischen Bevölkerung von *Fermanagh and South Tyrone* dem Aufruf des Hungerstreikenden.⁷⁴ Die Wahl von Bobby Sands zum *Member of Parliament* widerlegte die staatliche Erzählung, dass die IRA-Mitglieder »Kriminelle« seien, die keinerlei politische Legitimität beanspruchen könnten. Mit dem Wahlsieg des Hungerstreikenden stieg das öffentliche Interesse für den Gefängnisprotest weit über Nordirland hinaus schlagartig an. Auf den Straßen der *Province* kam es zu Massendemonstrationen: Ende April marschierten um die 16.000 Sympathisantinnen und Sympathisanten durch Belfast, um ihren Unmut über die staatliche Gefängnispolitik kundzutun.⁷⁵ Aus der nordirischen Hauptstadt berichteten fast 400 ausländische Journalistinnen und Journalisten in alle Welt.⁷⁶ Der Hungerstreik, der ohne größeres Aufsehen in den Zellen der *H-Blocks* begonnen hatte, vollzog sich nun vor einem internationalen Publikum.

Während die Proteste gegen die staatliche Gefängnispolitik immer weitere Kreise zogen, näherte sich der Hungerstreik im *Maze* dem Kulminationspunkt. Aufgrund seines sich zunehmend verschlechternden Gesundheitszustands war Sands mittlerweile auf die Krankenstation der *H-Blocks* verlegt worden.⁷⁷ Von seinem ursprünglichen Körpergewicht von 64 Kilogramm hatte er ein Viertel verloren, er litt konstant unter Kopfschmerzen und hatte Schwierigkeiten, sich auf das Radio- und Fernsehprogramm zu konzentrieren oder zu lesen. Mitte April wurde die ärztliche Prognose gestellt, dass Sands kaum mehr eine Woche zu leben habe.⁷⁸ In dieser verschärften Konfliktsituation wandelte sich das Gefängnis Krankenhaus zu

70 R. A. Harrington, Note for the Record: Press Access to Robert Sands, 7.4.1981, TNA, CJ 4/3309.

71 Siehe etwa: Simon Hoggart, Whitelaw Move Gives a New Status to Belfast Prisoners, *The Guardian*, 20.6.1972, S. 1.

72 Für das Porträt siehe bspw. die Titelseite: Force Thatcher to Turn Again!, *An Phoblacht/Republican News*, 28.2.1981, S. 1. Über die Verbreitung des Bildes berichtete etwa: John Witherow, Sands: Gun Battles on Road to Martyrdom, *The Times*, 30.4.1981, S. 5.

73 Maria T. Simone-Charteris, State Intervention in Re-Imaging Northern Ireland's Political Murals: Implications for Tourism and the Communities, in: Jonathan Skinner/Lee Jolliffe (Hg.), *Murals and Tourism. Heritage, Politics and Identity*, London 2017, S. 217–235, hier S. 224.

74 Die Zahlen zur Wahl dokumentiert: Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin No 7, o. D., PRONI, NIO/12/194A.

75 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 30.4.1981, PRONI, NIO/12/194A.

76 Entsprechend äußerte sich Nordirlandminister Atkins: Cabinet Office, Cabinet. Ergebnisprotokoll eines Kabinettsstreffens in der 10 Downing Street, 30.4.1981, 10.00 Uhr, 30.4.1981, TNA, CAB 128/70/17.

77 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 26.3.1981, PRONI, NIO/12/194A.

78 S. C. Jackson, Bericht eines Treffens zwischen Vertretern des Nordirlandministeriums und des Department of Health and Social Services, 16.4.1981, 17.4.1981, TNA, CJ 4/3627.

einer Bühne, auf der Vertreterinnen und Vertreter internationaler Organisationen das Drama des Hungerstreiks zu beenden versuchten.

Aufgrund der enormen Aufmerksamkeit, die dem Hungerstreik zuteilwurde, wich London von der Strategie der Passivität ab. Die britische Regierung suchte verstärkt die Öffentlichkeit, um die Forderung der republikanischen Häftlinge nach einem »politischen Status« zurückzuweisen.⁷⁹ Zugleich gewährte sie politischen und religiösen Akteurinnen und Akteuren von außerhalb des Vereinigten Königreichs Zutritt zu den *H-Blocks*. Zum einen hegte London die Hoffnung, dass sich Sands eventuell von bedeutenden Persönlichkeiten überzeugen ließe, seinen Hungerstreik abubrechen.⁸⁰ Zum anderen sollte der katholischen Minderheit demonstriert werden, dass alles dafür getan wurde, Sands' Leben zu retten.⁸¹ In den folgenden Wochen besuchten drei Parlamentsabgeordnete der Republik Irland, der Privatsekretär des Papstes John Magee sowie Mitglieder der Europäischen Kommission für Menschenrechte (EKMR) das *Maze*, um den festgefahrenen Konflikt zwischen der britischen Regierung und der IRA zu entschärfen. Während Sands die irischen Abgeordneten und den Vertreter des Vatikans empfing,⁸² kam es zu keinem Gespräch mit der EKMR, da sich London und die protestierenden Häftlinge auf keine Rahmenbedingungen einigen konnten. Die britische Regierung achtete penibel darauf, den Eindruck von indirekten Verhandlungen mit der IRA zu vermeiden. Aus diesem Grund wies sie Sands' Forderung zurück, bei einem Treffen mit der EKMR sollten der Anführer der IRA-Häftlinge Brendan McFarlane, der Vizepräsident von *Sinn Féin* Gerry Adams sowie der republikanische Publizist Danny Morrison anwesend sein.⁸³

Während die Vermittlungsversuche scheiterten, wurde Bobby Sands' Gesundheitszustand kritisch. Bis Ende April ließen seine Sehkraft und sein Hörvermögen deutlich nach, sein Gewicht reduzierte sich auf kaum mehr als 45 Kilogramm. Das Gefängnispersonal legte den Hungerstreikenden auf ein Dekubitusbett, um zu vermeiden, dass sich sein ausgemergelter Körper wund lag.⁸⁴ Am 3. Mai verlor Sands sein Bewusstsein, zwei Tage später starb er an den Folgen des Hungerstreiks.⁸⁵

Als die Nachricht von Bobby Sands' Tod an die Öffentlichkeit drang, brachen Straßenschlachten zwischen der katholischen und der protestantischen *community* sowie den staatli-

79 Die britische Regierung legte ihre Position beispielsweise in einer Broschüre dar: Northern Ireland Office, Day to Day Life in Northern Ireland Prisons, March 1981, LHL, NIPC, Ephemera Collection, Subject Boxes, Hunger Strikes Material from Chris Ryder 2. Dass die Broschüre erst Mitte April veröffentlicht wurde, geht aus dieser Stellungnahme hervor: Humphrey Atkins, Hansard 3, Written Answers (Commons), 15.4.1981, Sp. 136.

80 S. J. Pike, Schreiben an Michael Alexander, 18.4.1981, TNA, PREM 19/503.

81 J. A. Marshall, Erläuterungen für 10 Downing Street. Anhang: Effect of Visit by TDs, 21.4.1981, TNA, CJ 4/3627.

82 Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin No 8, o. D., PRONI, NIO/12/194A; A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 30.4.1981, PRONI, NIO/12/194A.

83 S. C. Jackson, Visit by Two Members of the ECHR to Maze Prison, 25.4.1981, 29.4.1981, TNA, CJ 4/3627.

84 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 30.4.1981, PRONI, NIO/12/194A.

85 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 7.5.1981, PRONI, NIO/12/194A.

chen Sicherheitskräften aus – ein Polizist verlor dabei sein Leben.⁸⁶ Vor den Kameras der internationalen Medien breitete sich der Deutungskampf um den Status der paramilitärischen Häftlinge in der *Province* aus. Die britische Regierung sah sich weit über Nordirland hinaus mit Kritik an ihrer Gefängnispolitik konfrontiert. In den Zeitungen war von Protestaktionen aus aller Welt zu lesen: Auf einer Demonstration vor dem britischen Konsulat in New York wurde ein Bild von Margaret Thatcher verbrannt; in Oslo wurde ein mit Tomatensauce gefüllter Luftballon nach der *Queen* geschmissen, die sich auf einem Staatsbesuch in Norwegen befand; das Europäische Parlament in Straßburg berief eine Dringlichkeitsdebatte zum Hungerstreik ein – um nur einige Beispiele zu nennen.⁸⁷

Dieser enormen Protestkulisse begegnete das britische Parlament mit einer Erzählung vom Kampf der Demokratie gegen den »Terrorismus«. »We believe that matters in Northern Ireland, as elsewhere in the country, should be settled democratically, and not at the point of a gun«⁸⁸, postulierte der Vorsitzende der *Labour Party* Michael Foot. Die Abgeordneten auf beiden Seiten des Unterhauses unterstützten seinen Redebeitrag mit lautem Beifall.⁸⁹ Die Premierministerin knüpfte an die Argumentationslinie der Opposition an: »to concede political status would be to grant a licence to kill innocent men, women and children.« *Labour* und *Tories* stellten der Gewalt der IRA die Einheit des britischen Parlaments entgegen. »What has been said in the House today, and the unity with which the House has approached the problem in its determination to stamp out terrorism,« betonte Thatcher, »will help the case of the Government, the parliamentary system and democracy throughout the world.«⁹⁰ Dem staatlichen Narrativ zufolge würde die britische Regierung nicht nur die Demokratie des Vereinigten Königreichs, sondern die politische Ordnung der Demokratie weltweit gefährden, wenn sie der Forderung der IRA nach einem »politischen Status« nachgäbe. Mit einem Akt der Einigkeit setzten die *Tory*-Regierung und die *Labour*-Opposition dem »Terrorismus« die demokratische Ordnung des *House of Commons* entgegen. Über die Parteigrenzen hinweg entzog das britische Parlament der IRA die politische Legitimität, die der Wahlsieg von Bobby Sands hergestellt hatte.

Die britische Regierung sprach dem verstorbenen Parlamentsmitglied Bobby Sands seine politische Legitimität ab und bezeichnete ihn weiterhin als »Kriminellen«. Im Gegensatz dazu wurde der Hungerstreikende in Nordirland mit einem »Militärbegräbnis« als »Kriegsgefangener« geehrt. Am 7. Mai geleitete ein Trauerzug Bobby Sands' Leichnam zum republikanischen *Milltown*-Friedhof in West-Belfast. Der Sarg war mit der grün-weiß-orangegestreiften Flagge Irlands und einem Barett sowie schwarzen Lederhandschuhen von Bobby Sands geschmückt, die ihn als »Volunteer« der IRA auswiesen. Sieben IRA-Anhänger in para-

86 David Beresford/John Cunningham, *Ulster Braced for More Riots over Sands*, *The Guardian*, 6.5.1981, S. 1; 23 *Injured as Wave of Rioting Hits Ulster*, *News Letter*, 6.5.1981, S. 1; Christopher Thomas/John Witherow, *RUC Man Dies as 600 Troops Are Flown In*, *The Times*, 7.5.1981, S. 1.

87 *Protest Misfires*, *The Guardian*, 6.5.1981, S. 24; *World Press Uncertain on Sands' Death*, *The Guardian*, 7.5.1981, S. 8; *Walesa Mourns »a Great Man« as Anti-British Protests Grow*, *The Guardian*, 8.5.1981, S. 2; *More Sorrow than Anger in US*, *The Times*, 6.5.1981, S. 2; *Craig Seton, The Verdict Abroad on Sands*, *The Times*, 7.5.1981, S. 2; *MEPS Condemn Ulster Violence*, *The Times*, 8.5.1981, S. 10; *Worldwide Wave of Protests over Death of Sands*, *News Letter*, 6.5.1981, S. 5.

88 Michael Foot, *Hansard 4, Commons Sitting*, 5.5.1981, Sp. 16.

89 Hugh Noyes, *The Ulster Crisis*, *The Times*, 6.5.1981, S. 2.

90 Margaret Thatcher, *Hansard 4, Commons Sitting*, 5.5.1981, Sp. 16f.

militärischen Uniformen mit Sturmhauben und Baretten bildeten eine »Militäreskorte«. An der Spitze der Prozession spielte ein einzelner Dudelsackspieler einen der »H-Block songs«, in denen sich die republikanische Konfliktdeutung verdichtete:⁹¹ »But I'll wear no convict's uniform, Nor meekly serve my time, That Britain might call Ireland's fight, Eight hundred years of crime.«⁹² Auf der über sechs Kilometer langen Strecke bis zum Friedhof versammelten sich mehrere 10.000 Trauergäste, die aus allen Teilen der *Province* aber auch aus dem Süden der Insel zusammengekommen waren. Journalistischen Recherchen zufolge beteiligten sich über 100.000 Personen an dem Trauerakt.⁹³ Die Bedeutung dieser Zahl wird erst wirklich deutlich, wenn man bedenkt, dass in Nordirland damals nur etwa eine halbe Million Katholikinnen und Katholiken lebten. Der Deutungskampf um den Status der IRA-Häftlinge verschob sich immer weiter vom *Maze Prison* in die Öffentlichkeit. »In a sense the struggle for control in the prisons has rather paradoxically moved out of the institutions«⁹⁴, stellte ein interner Report des Nordirlandministeriums fest. Vor den mehreren zehntausend Zuschauerinnen und Zuschauern demonstrierte die IRA der britischen Regierung ihre Macht. Während des Trauermarschs wurde der Sarg aus dem Leichenwagen gehoben und auf der Straße aufgebahrt. Auf Befehl präsentierten drei uniformierte IRA-Anhänger ihre Gewehre und gaben jeweils drei Schüsse ab. Auch die Beerdigungszeremonie auf dem *Milltown Cemetery* folgte der Inszenierung eines militärischen Trauerakts. Die IRA ließ *The Last Post* ertönen – ein Hornsignal, das traditionell auf Militärbegräbnissen gespielt wird.⁹⁵ Die Trauerreden erinnerten Bobby Sands als »IRA volunteer« und »political prisoner«.⁹⁶

In London war man sich darüber im Klaren gewesen, dass die IRA ein »military funeral« mit uniformierten Paramilitärs inszenieren würde. Die britische Regierung hatte die republikanische Machtdemonstration bewusst hingenommen, aus Angst, die Lage könnte außer Kontrolle geraten, wenn die staatlichen Sicherheitskräfte in die Trauerfeierlichkeiten eingriffen.⁹⁷ Entsprechend hielten sich die britische Armee und die nordirischen Polizeieinheiten im Hintergrund. Aus sicherheitspolitischer Perspektive ging die staatliche Strategie der Zurückhaltung auf: Während der Beerdigung kam es zu keinen gewaltsamen Zwischenfällen.⁹⁸ Doch

91 Die Beschreibung des Trauerzugs basiert auf: Angelina Fusco/Una Murphy/Eugene Mooney, ›Shun Violence‹ Call by PP at Sands's Funeral, *The Irish News*, 8.5.1981, S. 1; David Beresford, Shoot-Out on Border after Funeral March for Sands, *The Guardian*, 8.5.1981, S. 1.

92 The Funeral of Bobby Sands, *An Phoblacht/Republican News*, 9.5.1981, S. 16. Das Lied wurde von Francie Broly im Jahr 1976 geschrieben. Für den vollständigen Text siehe: Brian Campbell/Laurence McKeown/Felim O'Hagan (Hg.), *Nor Meekly Serve my Time. The H-Block Struggle, 1976–1981*, Belfast 1994, S. XI.

93 Peter Taylor, *Provos. The IRA and Sinn Fein*, London 1998, S. 243; David Beresford, *Ten Men Dead. The Story of the 1981 Irish Hunger Strike*, London 1994, S. 137.

94 A. K. Templeton, *Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin*, 14.5.1981, PRONI, NIO/12/194A.

95 Angelina Fusco/Una Murphy/Eugene Mooney, ›Shun Violence‹ Call by PP at Sands's Funeral, *The Irish News*, 8.5.1981, S. 1; The Funeral of Bobby Sands, *An Phoblacht/Republican News*, 9.5.1981, S. 16. Für die Bedeutung des *Last Post* vgl. etwa: Alison Latham, *Oxford Dictionary of Musical Works*, Oxford 2004, S. 91.

96 Entsprechend äußerte sich Gerry Adams: *Many H-Shaped Wreaths*, *The Irish News*, 8.5.1981, S. 6.

97 M. W. Hopkins, Schreiben an Michael Alexander. Betreff: Funeral of Robert Sands, 4.5.1981, TNA, CJ 4/3623.

98 Angelina Fusco/Una Murphy/Eugene Mooney, ›Shun Violence‹ Call by PP at Sands's Funeral, *The Irish News*, 8.5.1981, S. 1.

der Akt des »Militärbegräbnisses« untergrub die staatliche Erzählung vom Nordirlandkonflikt als einem Problem der »Kriminalität« nachhaltig. Die republikanische Bewegung führte die mehreren zehntausend Trauergäste als Beweis dafür an, dass die »irische Nation« hinter dem Gefängnisprotest stand.⁹⁹ Trotz des enormen Rückhalts, den die republikanischen Häftlinge augenscheinlich in der katholischen Bevölkerung hatten, hielt die britische Regierung an ihrer bisherigen Linie im Gefängnisconflikt fest: »we are not prepared to give in to blackmail in the form of a hunger strike or of any other form of pressure.«¹⁰⁰

III. Das Ende des Protests: Die staatlichen und republikanischen Konflikterzählungen

Der Tod von Bobby Sands verstärkte die entgegengesetzten Positionen in der Gefängniskrise. Unvereinbar standen sich die staatliche und die republikanische Konflikterzählung gegenüber. Die britische Regierung und die IRA hatten demonstriert, dass sie bereit waren, Menschenleben in Kauf zu nehmen, um ihre Standpunkte durchzusetzen. Während die republikanische Bewegung und die britischen Politikerinnen und Politiker ihre Konflikterzählungen auf den Straßen Nordirlands respektive im *House of Commons* öffentlich untermauerten, setzte sich die Routine des Hungerstreiks in den *H-Blocks* unverändert fort. »Events in the prisons followed on almost identical pattern to that noted last week after Sands' demise«¹⁰¹, registrierte ein interner Bericht des Nordirlandministeriums. Die IRA hielt den Druck auf die britische Regierung aufrecht. Für jeden Häftling, der starb, trat ein weiterer in Hungerstreik.¹⁰² Trotz der steigenden Anzahl an Toten in den *H-Blocks* wich die britische Regierung zunächst nicht von ihrer Position ab. Intern gab Premierministerin Margaret Thatcher die Maxime aus, das *Tory*-Kabinett müsse »»rock solid«« bleiben.¹⁰³

Außerhalb der Gefängnismauern dauerten die gewaltsamen Auseinandersetzungen an. Im Juni 1981 verzeichnete ein inoffizielles Papier des Nordirlandministers »street violence in Belfast and Londonderry of a kind not seen on such a scale for some years«.¹⁰⁴ Allerdings ließen die Demonstrationen mit der Zeit nach. Das Nordirlandministerium schätzte, dass auf den folgenden drei Beerdigungen erst 15.000, dann 12.000 und schließlich 10.000 Personen anwesend waren.¹⁰⁵ Während die Unterstützung aus der katholischen Bevölkerung zurückzugehen schien, sorgte London in aller Eile dafür, dass die IRA die Machtdemonstration von Bobby Sands Wahlsieg nicht wiederholen konnte. Bereits Anfang Juli trat ein Gesetz in Kraft, das Gefangene, die zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden waren,

51

99 Gerry Adams, zitiert nach: Many H-Shaped Wreaths, *The Irish News*, 8.5.1981, S. 6.

100 Humphrey Atkins, zitiert nach: Christopher Thomas/John Witherow, Ulster Police Warning of Terrorist Attacks, *The Times*, 8.5.1981, S. 2.

101 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 14.5.1981, PRONI, NIO/12/194A.

102 Martin Melaugh, The Hunger Strike of 1981 – List of Dead and Other Hunger Strikers, in: CAIN, <http://cain.ulst.ac.uk/events/hstrike/dead.htm> (letzter Zugriff 10.1.2019).

103 Entsprechend gibt folgender Bericht die Premierministerin wieder: Michael Alexander, Schreiben an S. W. Boys Smith. Betreff: Northern Ireland, 27.5.1981, TNA, CJ 4/3630.

104 Humphrey Atkins, Cabinet. Northern Ireland: Prison and Politics. Memorandum by the Secretary of State for Northern Ireland, 23.6.1981, TNA, CAB 129/213/11.

105 A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 21.5.1981, PRONI, NIO/12/194A; A. K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 28.5.1981, TNA, CJ 4/3623.

von Wahlen ausschloss.¹⁰⁶ Die republikanischen Häftlinge fanden dennoch einen Weg, ihren Rückhalt in der katholischen *community* an den Wahlurnen unter Beweis zu stellen. Als im August 1981 die Nachwahlen für Sands' Parlamentssitz anstanden, kandidierte sein ehemaliger Wahlkampfvertreter Owen Carron im Namen der protestierenden Häftlinge und gewann.¹⁰⁷

Nach und nach setzte sich in London die Einsicht durch, dass der Hungerstreik das Verhältnis zwischen der katholischen Minderheit und dem britischen Staat dauerhaft verschlechterte. Die britische Regierung begann von ihrer kompromisslosen Haltung abzurücken und versuchte eine Konfliktlösung zu eruieren.¹⁰⁸ Noch im Juli trat London abermals über inoffizielle Kanäle mit der IRA in Kontakt. Hinter den Kulissen wurde den republikanischen Häftlingen das Angebot unterbreitet, ihre Haftbedingungen würden verbessert, wenn sie den Protest abbrächen. Insbesondere stellte London den republikanischen Häftlingen in Aussicht, dass sie statt der vorgeschriebenen Gefängnisuniform ihre eigene Kleidung tragen dürften.¹⁰⁹ Zugleich zog die britische Regierung weitere unabhängige Organisationen hinzu. Unter anderem das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schaltete sich in den Konflikt ein und besuchte das *Maze*-Gefängnis.¹¹⁰ Die Vermittlungsversuche der internationalen Organisationen sollten der Öffentlichkeit demonstrieren, dass Großbritannien alles dafür tat, weitere Tote in den *H-Blocks* zu verhindern.¹¹¹ Doch die Initiative scheiterte – der IRA gingen die staatlichen Zugeständnisse nicht weit genug.¹¹²

Während die britische Regierung und die IRA mit viel öffentlichkeitswirksamer Symbolik alles daran setzten, den Konflikt für sich zu entscheiden, nahm der Hungerstreik abermals eine unerwartete Wendung. Als Ende Juli der siebte Häftling zu sterben drohte, entschied seine Familie, dass er medizinisch versorgt werden sollte. Der Gefangene akzeptierte den Wunsch seiner Angehörigen und brach den Hungerstreik ab.¹¹³ In den folgenden Monaten folgten weitere Familien diesem Beispiel und machten von ihrem Recht Gebrauch, eine medizinische Intervention anzuordnen. Ein interner Report des Nordirlandministeriums vermerkte: »it seems that relatives have, for the time being, taken over the destiny of the strike.«¹¹⁴

106 Representation of the People Bill 1980–81 (153), Par. 1 und 2(1). Das Gesetz erlangte am 2. Juli 1981 Gültigkeit: Julian Haviland, August 20 By-Election in Sands Constituency, *The Times*, 23.7.1981, S. 2. Zum überstürzten Gesetzgebungsverfahren siehe: Colin Brown, Big Majority for Bill against Prisoner MPs, *The Guardian*, 23.6.1981, S. 1.

107 D.E.S. Blatherwick, Schreiben an J.N.H. Blelloch. Betreff: Fermanagh/South Tyrone By-Election, 11.8.1981, PRONI, NIO/12/398A; Tom Samways, Victory for Owen Carron with 2,230 Majority, *The Irish News*, 22.8.1981, S. 1.

108 Humphrey Atkins, Schreiben an Prime Minister. Betreff: Northern Ireland: The Need for Movement, 12.6.1981, TNA, PREM 19/505.

109 D.J. Wyatt, Schreiben an J.N.H. Blelloch. Betreff: Maze Prison Protest, 9.7.1981, TNA, CJ 4/3632.

110 A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 23.7.1981, TNA, CJ 4/3632.

111 Michael Alexander, Schreiben an S.W. Boys-Smith, 14.7.1981, TNA, CJ 4/3632.

112 Entsprechend gab das IKRK die Position der Hungerstreikenden gegenüber dem Nordirlandministerium wieder: J.M. Wright, Note for the Record. Meeting with International Committee of the Red Cross, 23.7.1981, 27.7.1981, PRONI, NIO/10/13/2A.

113 A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 13.8.1981, TNA, CJ 4/3624.

114 A.K. Templeton, Protests and Second Hunger Strike – Weekly Bulletin, 10.9.1981, PRONI, CENT/1/10/62.

Angesichts dieser Wendung gab die britische Regierung ihre Strategie der Passivität gänzlich auf. Der neue Nordirlandminister James Prior besuchte, kurz nachdem er das Amt Mitte September übernommen hatte, das *Maze* und sprach persönlich mit IRA-Häftlingen.¹¹⁵ Unter Prior ging das Nordirlandministerium zudem auf die Familien der Hungerstreikenden zu und bat sie ausdrücklich um Hilfe.¹¹⁶ Schließlich brachten die Familien der Hungerstreikenden die Protestkulisse der IRA zu Fall, indem sie vereinbarten, dass kein weiterer Häftling mehr sterben sollte.¹¹⁷ Ihre Bemühungen stießen auf unzählige Solidaritätsbekundungen aus der katholische Bevölkerung, sodass sich die IRA gezwungen sah, den Hungerstreik abzubrechen. Nachdem zehn Gefangene verhungert waren, kam der Hungerstreik am 3. Oktober 1981 zu einem Ende.¹¹⁸

Die IRA hatte den extremen Protest aufgegeben, obwohl London die paramilitärischen Häftlinge nicht als »politische Gefangene« anerkannt hatte. Dennoch beruhigte sich die Situation in den Gefängnissen nun merklich.¹¹⁹ Gegenüber der Öffentlichkeit hielt die britische Regierung an ihrer Erzählung vom Nordirlandkonflikt als einem Problem der »Kriminalität« fest. Dessen ungeachtet gestand sie den paramilitärischen Gefangenen gelockerte Haftbedingungen zu, die im Wesentlichen dem *Special Category Status* entsprachen. Wie die britische Regierung wich auch die IRA nicht von ihrer Konfliktdeutung ab und forderte weiterhin einen »politischen Status« – gleichwohl ließen sich die protestierenden Gefangenen teilweise auf die neuen Haftregelungen ein.¹²⁰ Mit der Zeit spielte sich in den *H-Blocks* ein Kompromiss zwischen der gewöhnlichen Haftordnung, auf die die britische Regierung all die Jahre bestanden hatte, und der Ausnahme des *Special Category Status* ein. Im gleichen Maße wie sich die Situation in den Gefängnissen beruhigte, trat der Strafvollzug in den Hintergrund der *Troubles*.

Doch während das *Maze* seine zentrale Rolle verlor, entfaltete der Hungerstreik von 1981 eine Strahlwirkung auf den weiteren Verlauf des Nordirlandkonflikts, die kaum überschätzt werden kann. Seitdem die gewaltsamen Unruhen Ende der 1960er ausgebrochen waren, hatte die britische Regierung mehrere Versuche unternommen, die politischen Vertreterinnen und Vertreter der katholischen und der protestantischen Bevölkerung an einen Tisch zu bringen. Die republikanische *Sinn Féin*-Partei hatte jedoch nie an den Verhandlungen teilgenommen. Zunächst war sie aufgrund ihrer Verbindungen zur IRA verboten gewesen. Nach ihrer Legalisierung 1974 weigerte sie sich, der britischen Regierung ein Entscheidungsrecht über Nordirland einzuräumen.¹²¹ In gewisser Weise öffnete der Hungerstreik den Weg für die Friedensgespräche der 1990er Jahre, die unter der Beteiligung von *Sinn Féin* schließlich zu einer Konfliktlösung führten. Einerseits änderte die republikanische Bewegung nach dem Wahlerfolg von Bobby Sands ihre Konfliktstrategie. Die IRA entschied, nicht mehr allein

115 Christopher Thomas, *Prior Surprises Ulster with H-Blocks Visit*, *The Times*, 18.9.1981, S. 2.

116 A. K. Templeton, Bericht eines Treffens zwischen u. a. Lord Gowrie und Verwandten der Häftlinge im Hungerstreik im Stormont Castle, 23.9.1981, 14.30 Uhr, 24.9.1981, PRONI, NIO/12/254.

117 Beresford, *Ten Men Dead*, S. 419.

118 Fabian Boyle, »Death Fast« Reported Coming to an End, *The Irish News*, 3.10.1981, S. 1; A. K. Templeton, *Protests and Second Hunger Strike – Final Bulletin*, 7.10.1981, TNA, FCO 87/1265.

119 Northern Ireland Office, *Report on the Administration of the Prison Service 1981, 1982/83* (5), S. 6.

120 *Position in the Prisons*, o. D., PRONI, NIO/12/253.

121 Vgl. Thomas Hennessey, *The First Northern Ireland Peace Process. Power-Sharing, Sunningdale and the IRA Ceasefires 1972–76*, London 2015.

IV. Fazit

mit Waffengewalt, sondern auch mit Wahlkämpfen für ein vereintes Irland zu kämpfen.¹²² Nach dem Hungerstreik von 1981 trat *Sinn Féin* weiterhin zu Wahlen an und konnte sich als eine bestimmende Kraft in der katholischen Bevölkerung etablieren.¹²³ Während die republikanische Bewegung nach und nach Einzug in die staatlichen Institutionen erhielt, wich die britische Regierung von ihrer Politik der Kriminalisierung ab. Anstatt die IRA-Mitglieder mit aller Macht als »Kriminelle« aus der Bevölkerung auszugrenzen, integrierte sie *Sinn Féin* in die Suche nach einer Konfliktlösung. Diese strategischen Verschiebungen der IRA und der britischen Regierung, die in der Hungerstreikkrise wurzelten, ermöglichten letztlich, dass die *Troubles* 1998 mit dem *Good Friday Agreement* weitgehend beigelegt werden konnten.¹²⁴

Während des Hungerstreiks im *Maze*-Gefängnis 1981 kulminierte der Konflikt zwischen den IRA-Häftlingen und der britischen Regierung, der sich seit der Abschaffung des Sonderstatus für paramilitärische Gefangene fünf Jahre zuvor immer weiter zugespitzt hatte. Die republikanischen Häftlinge forderten als »politische Gefangene« anerkannt zu werden. Dementgegen beharrte die *Tory*-Regierung unter Margaret Thatcher darauf, dass die paramilitärischen Häftlinge »gewöhnliche Kriminelle« seien. Doch in dem Konflikt ging es bei weitem nicht nur um den Status der paramilitärischen Gefangenen und die damit verbundenen Haftbedingungen. Im Hungerstreik verdichtete sich vielmehr der Konfliktdiskurs um die Deutung der *Troubles*. Aus Sicht der IRA befand sich Irland in einem »Befreiungskrieg« gegen die britische »Kolonialmacht«. Der republikanischen Erzählung zufolge stellte die *Irish Republican Army* folglich eine legitime »Armee« dar, deren in »Kriegsgefangenschaft« geratenen »Soldatinnen« und »Soldaten« ein »politischer Status« zukam. Im Unterschied dazu besagte das staatliche Narrativ, dass es sich bei der Gewalt in Nordirland um ein Problem der »Kriminalität« handele, dem mithilfe der *rule of law* begegnet werden müsse.

Der Deutungskampf um den Status der paramilitärischen Häftlinge war maßgeblich davon bestimmt, dass die Bevölkerung den Hungerstreik in den *H-Blocks* nicht direkt mitverfolgen konnte. In den Zellen wie in der Krankenstation des Hochsicherheitstrakts waren Bobby Sands und seine Mitstreiter weitgehend von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Der Akt des Hungerns vollzog sich ohne das Publikum, für das er inszeniert worden war. Im Unterschied zu den gewaltsamen Unruhen auf den Straßen der *Province* war der Hungerstreik daher in besonderem Maße offen für unterschiedliche Deutungen. Anders gewendet: Für die Frage, ob es sich bei den *Troubles* um einen »Krieg« oder ein Problem der »Kriminalität« handelte, waren weniger die faktischen Haftbedingungen der republikanischen Gefangenen entscheidend, als vielmehr die Deutungsfiguren, die die Konfliktparteien außerhalb der Stacheldrahtzäune in Umlauf brachten.

Im britischen Parlament vermochte die *Tory*-Regierung ihre Deutungshoheit über den Nordirlandkonflikt zu behaupten. Die überwiegende Mehrheit der Parlamentsmitglieder der

122 Diesen Strategiewechsel analysiert im Detail: Graham Spencer, *From Armed Struggle to Political Struggle. Republican Tradition and Transformation in Northern Ireland*. New York 2015, S. 111–116. Vgl. zudem K.M. Fierke, *Political Self-Sacrifice. Agency, Body and Emotion in International Relations*, Cambridge 2013, S. 132.

123 Zur Entwicklung *Sinn Féins* nach 1981: Martyn Frampton, *The Long March. The Political Strategy of Sinn Féin, 1981–2007*, Basingstoke 2008, vor allem S. 20–23 und S. 62.

124 Vgl. zum Friedensprozess: Kandel, *Der Nordirland-Konflikt*, S. 289–399.

Tories, aber auch der *Labour*-Opposition folgten der Regierungslinie. Nach dem Tod von Bobby Sands demonstrierte das *House of Commons* in einem Akt der Einigkeit, dass die Demokratie des Vereinigten Königreichs nicht dazu erpresst werden könne, von den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit abzuweichen. Das Unterhaus konstituierte das verstorbene IRA-Mitglied als einen »Kriminellen«, der ungeachtet seiner Wahl zum *Member of Parliament* keinerlei politische Legitimation für sich in Anspruch nehmen könne. In Nordirland wurde dieses staatliche Narrativ grundsätzlich in Zweifel gezogen. Das »Militärbegräbnis« von Bobby Sands negierte die staatliche Deutung der IRA-Mitglieder als »terrorists« und »criminals«. Während der Beerdigung ehrte ein beträchtlicher Teil der katholischen Bevölkerung den Hungerstreikenden als »Kriegsgefangenen« und »politischen Häftling«.

In der Hungerstreikkrise konnte sich weder die staatliche noch die republikanische Konfliktdeutung durchsetzen. Der sukzessive Tod von zehn Gefangenen zwang die IRA und die britische Regierung vielmehr dazu, letztlich von ihren Positionen abzuweichen und einen Kompromiss einzugehen. Gegenüber der Öffentlichkeit setzten sowohl die republikanische Bewegung als auch die britische Regierung ihre Erzählungen fort. Innerhalb der Gefängnisse waren die Kontrahenten hingegen zu Zugeständnissen bereit, die zwar nicht den »normalen« Strafvollzug herstellten, aber den Ausnahmezustand beendeten. Der Nordirlandkonflikt dauerte noch fast zwei Jahrzehnte an. Dennoch ist die Kompromisshaltung, die der Hungerstreik der IRA und der britischen Regierung abverlangte, als Voraussetzung für die weitgehende Lösung der *Troubles* zu sehen, die mit dem *Good Friday Agreement* von 1998 schließlich erreicht werden konnte.